LANDTAG RHEINLAND-PFALZ
18. Wahlperiode

Drucksache 18/4014
zu Drucksache 18/3863
29. 08. 2022

# Antwort

**des Ministeriums für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung**

**auf die Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa-Marie Jeckel (FREIE WÄHLER)**
**– Drucksache 18/3863 –**

## Cannabiskonsum bei Jugendlichen und illegaler Cannabisanbau in Rheinland-Pfalz

Die **Kleine Anfrage – Drucksache 18/3863 –** vom 8. August 2022 hat folgenden Wortlaut:

Im Jahresbericht des UNODC heißt es, dass der steigende Konsum von Cannabis zu einer zusätzlichen Belastung von Gesundheitseinrichtungen führt. In der Europäischen Union (EU) seien Hanfdrogen die Ursache für rund 30 Prozent der Drogentherapien, heißt es im Jahresbericht. In Afrika und manchen lateinamerikanischen Ländern stehe der größte Teil solcher Therapien im Zusammenhang mit Cannabissucht. Durch stärkere Konzentrationen von Wirkstoffen haben Haschisch und Marihuana auf dem Markt laut UNODC zusammen mit regelmäßigem Konsum zu einem Anstieg von Sucht und psychischen Erkrankungen in Westeuropa geführt. Laut Berichten plant die Bundesregierung die Legalisierung von Cannabis in dieser Legislaturperiode.
Vor diesem Hintergrund frage ich die Landesregierung:

1. Wie viele Todesfälle gab es durch Cannabiskonsum seit dem Jahr 2016 in Rheinland-Pfalz (aufgeschlüsselt nach Jahren)?
2. Wie viele Personen befinden sich derzeit in Rheinland-Pfalz wegen Cannabiskonsum in Therapie (aufgeschlüsselt nach Alter)?
3. Kam es seit dem Jahr 2017 durch Cannabis-Konsum zu Myokard-Infarkten bei jungen Erwachsenen in Rheinland-Pfalz (aufgeschlüsselt nach Jahren und Alter des Patienten)?
4. Wie oft wurden seit dem Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz Cannabisanbauer wegen Überschreitung der Mengen für Eigenkonsum verurteilt (aufgeschlüsselt nach Jahren und Menge)?
5. Wie oft wurden, mit Bezug auf Cannabis-Konsum, psychologische Diagnosen bei jungen Heranwachsenden seit dem Jahr 2017 in Rheinland-Pfalz gestellt (aufgelistet nach Jahren)?

Das **Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung** hat die Kleine Anfrage namens der Landesregierung mit angefügtem Schreiben beantwortet.

Druck: Landtag Rheinland-Pfalz, 6. September 2022

**E: 29.08.2022**
**18/4014**

RheinlandPfalz
MINISTERIUM FÜR ARBEIT, SOZIALES, TRANSFORMATION UND DIGITALISIERUNG

Ministerium für Arbeit, Soziales, Transformation und Digitalisierung
Postfach 31 80 | 55021 Mainz

Präsident des
Landtags Rheinland-Pfalz
55116 Mainz

nachrichtlich:

Staatskanzlei
55116 Mainz

**DER MINISTER**

Bauhofstraße 9
55116 Mainz
Telefon 06131 16-0
Telefax 06131 16-2452
Mail: poststelle@mastd.rlp.de
www.mastd.rlp.de

26. August 2022

**Kleine Anfrage der Abgeordneten Lisa-Marie Jeckel (FREIE WÄHLER)**
**betr. Cannabiskonsum bei Jugendlichen und illegaler Cannabisanbau in Rheinland-Pfalz**
**- Drucksache 18/3863 -**

Die Kleine Anfrage beantworte ich namens der Landesregierung wie folgt:

Zu 1.:

In Rheinland-Pfalz sind in den Jahren 2016 bis 2021 keine Todesfälle erfasst worden, die auf den ausschließlichen Konsum von Cannabis zurückzuführen waren. Unterjährige Zahlen zu Rauschgifttoten sind nicht qualitätsgesichert und können noch qualitativen und quantitativen Schwankungen unterliegen. Vor diesem Hintergrund ist eine Beantwortung der Frage für das aktuelle Jahr nicht möglich.

Zu 2.:

Nach Auskunft der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz befinden sich derzeit 28 Versicherte der Deutschen Rentenversicherung Rheinland-Pfalz mit der Diagnose F 12 (Abhängigkeit von Cannabis) in Rheinland-Pfalz in Einrichtungen der stationären oder ambulanten Rehabilitation. Aufgeschlüsselt nach Altersgruppen ergibt sich folgendes Bild:

| | |
|---|---|
| bis 20: | 1 Versicherter, |
| ab 20: | 3 Versicherte, |
| ab 30: | 12 Versicherte, |
| ab 40: | 12 Versicherte. |

Zu 3.:

Der Landesregierung liegen hierzu keine Erkenntnisse vor.

Zu 4.:

Angaben zum Ausgang strafgerichtlicher Verfahren lassen sich der nach bundeseinheitlichen Maßstäben geführten Strafverfolgungsstatistik entnehmen. Diese unterscheidet hinsichtlich der dort erfassten rechtskräftig verurteilten Personen jedoch nicht nach Art (also zum Beispiel Cannabis) oder Menge des Betäubungsmittels.

Wegen Verstößen gegen das Betäubungsmittelgesetz (BtMG) insgesamt wurden verurteilt:

| | |
|---|---|
| 2017: | 2.954 Personen, |
| 2018: | 3.136 Personen, |
| 2019: | 3.593 Personen, |
| 2020: | 3.740 Personen, |
| 2021: | 3.728 Personen. |

Der Anbau von Betäubungsmitteln (nicht nur Cannabis) ist neben der Herstellung, dem Handeltreiben, der Ein- und Ausfuhr, der Veräußerung, Abgabe, des sonstigen Inverkehrbringens, Erwerbs und des Sich-Verschaffens nur eine unter Strafe gestellte Tatbestandsvariante des § 29 Absatz 1 Nummer 1 des Betäubungsmittelgesetzes.

Wegen Verstoßes gegen § 29 Absatz 1 Nummer 1 des Betäubungsmittelgesetzes (insgesamt) wurden verurteilt:

| | | |
|---|---|---|
| 2017 | 880 | Personen, |
| 2018 | 909 | Personen, |
| 2019 | 1.045 | Personen, |
| 2020 | 986 | Personen, |
| 2021 | 942 | Personen. |

Zu 5.:

Hierzu liegen der Landesregierung lediglich die Diagnosedaten der Krankenhäuser gemäß der Gesundheitsberichterstattung des Bundes vor.

In der nachfolgenden Tabelle sind die Behandlungsfälle junger Heranwachsender aufgrund der Diagnose „Psychische und Verhaltensstörungen durch Cannabinoide (ICD 10-F12)“ mit Wohnsitz in Rheinland-Pfalz aufgelistet.

| | 10 bis unter 15 Jahren | 15 bis unter 20 Jahren | 20 bis unter 25 Jahren |
|---|---|---|---|
| 2017 | 10 | 236 | 271 |
| 2018 | 10 | 190 | 230 |
| 2019 | 12 | 196 | 274 |
| 2020 | 11 | 166 | 231 |

In Vertretung

Fedor Ruhose
Staatssekretär